

Dagmar Escher
Maasweg 14
96484 Meeder

Meeder, den 19.01.2019

VCD Coburg
z.Hd. Herrn Weibelzahl

Fragen zur Landratswahl 2019 im Landkreis Coburg

zu 1.:

Wenn die EU fordert, dann sollten in der Folge auch Gelder dafür bereit gestellt werden. Von der EU und/oder dem Bund. Die Kommunen sind nicht in der Lage das allein zu bezahlen. Vom Grundsatz gehört meiner Ansicht nach, eine andere Art des Denkens dazu.

Ohne es überprüft zu haben, vermute ich, das das mit den immer größer werdenden PKW zusammenhängt.

Bei unserem ÖPNV vor Ort muß da, wo Probleme auftreten, immer wieder sehr zeitnah nachgebessert werden. Wichtig ist die Zuverlässigkeit, eine gute Taktung und akzeptable Umsteigezeiträume, passende Preise, denn sonst wird das Angebot weniger genutzt. An örtlichen Angeboten zur besseren bequemen Nutzung muß gearbeitet werden.

Aktuell hat das Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft den Wettbewerb für das Projektförderprogramm "Land mobil" ausgelobt. Gefördert werden können Vorhaben die modellhaften Charakter haben, neue Ideen aufgreifen und übertragbare Lösungen entwickeln und so als Vorbild für andere Landkreise dienen könnten. Einreichungsfrist für die Projekte ist bis zum 1.04.19. Sollte das Projekt ausgewählt werden, beträgt die Fördersumme max. 180 000 Euro, der Förderzeitraum maximal drei Jahre. Ob die Landkreisverwaltung derzeit die Einreichung einer Projektskizze vorbereitet ist mir nicht bekannt.

zu 2.:

Unser Landkreis ist ein Flächenlandkreis. Der Verzicht auf den eigenen PKW wäre sehr wünschenswert, aber schwierig. Den Bürgern ist das bewußt, zudem kostet es ordentlich Geld. Leider fordert die Lebenswirklichkeit bisher die Nutzung des eigenen PKW. Zukünftig könnten mehr home office Arbeitsplätze eine Veränderung bringen.

Eine Hilfe könnte sein, an Bushaltestellen des ÖPNV bzw. Bahnhöfen Fahrradstellplätze einzurichten, an denen die Räder möglichst gut gesichert vor Diebstahl, während der Abwesenheit des Besitzers stehen können. Schließfächer z.B. zur Verwahrung von Akkus, Radhelmen, Radbekleidung, die während der Weiterfahrt nicht benötigt werden, gehören dazu.

Wenn ich meinen Wohnort bequem verlassen und erreichen kann, wird das Leben auf dem Land attraktiver.

In der Schweiz wurde seit dem Jahr 2000 eine 50% Steigerung der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs erreicht. Gute, flächendeckende Vernetzung, schnellere Verbindungen, kürzere Takte, günstige Preise machen es möglich. Jedes Dorf ab 200 Einwohnern hat dort das Recht, das der Bus 6x am Tag fährt.

zu 3.:

Der Behauptung: "Viele Wege sind nicht weiter als fünf Kilometer und können somit auch leicht mit dem Fahrrad und zu Fuß zurück gelegt werden" muß ich leider widersprechen. Um von Wiesenfeld aus einzukaufen, erreiche ich diese Entfernung nur bei einem Einkauf in Neida (Bioladen) mit ca. 3,2km. Nach Bad Rodach beträgt die Entfernung 10,8 km, auf die Lauterer Höhe ca. 8km, nach Weidach auch etwa 8km.

Für viele Menschen ist es einfach bequem auch für kurze Strecken das Auto zu benutzen. Hier muß am Bewußtseinswandel gearbeitet werden.

Ein Radverkehrsgutachten, gemeinsam mit der Stadt Coburg, kann ich mir sehr gut vorstellen.

Eine Sofortmaßnahme habe ich unter 2. beschrieben.

Allerdings sind zum jetzigen Zeitpunkt, Mitte - Ende Januar 2019, die Vorbereitungen für den Haushalt bereits soweit fortgeschritten, das ich mir nicht vorstellen kann, das die erforderlichen Planungen, die Kosten dafür, noch vor der Verabschiedung des Haushalts 2019 ermittelt und eingestellt werden können.

zu 4.:

Beschlüsse des Kreistages sind immer Grundlage des Handelns für den Landrat/Landrätin. Die Länder Thüringen und Bayern, bzw. die entsprechenden Landkreise benötigen zunächst konsensfähige Ideen für geeignete Trassenverläufe. Erst mit einem Ergebnis kann weiter gearbeitet werden.

zu 5.:

Soweit ich das beurteilen kann, ist die Zusammenarbeit nicht so gut. Auf eine intensivere Zusammenarbeit muß hin gearbeitet werden. Eine Regelung kann es, meiner Ansicht nach, nur länderübergreifend zwischen Bayern und Thüringen geben.

zu 6.:

Wenn Bayern fördern will, dann ist die höhere Bezuschussung durch den Freistaat Bayern notwendig. Es sind Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern erforderlich.

zu 7.:

Hier wage ich die Prophezeiung, das dieser Fall nicht eintreten wird.

Viele Grüße
gezeichnet
Dagmar Escher